

Informationstechnologie und Planungsethik

Bernd STREICH

(Prof. Dr.-Ing. Bernd STREICH, Universität Bonn, Institut für Städtebau, Bodenordnung und Kulturtechnik, Universität Kaiserslautern, Fachgebiet für Computergestützte Planungs- und Entwurfsmethoden in Raumplanung und Architektur, D-53115 Bonn, Nußalle 1, email: streich@rhrk.uni-kl.de)

1 EINFÜHRUNG

„Planung ist der systematische Entwurf einer rationalen Ordnung auf der Grundlage *alles verfügbaren einschlägigen Wissens*“, definierte Thomas Ellwein schon vor vielen Jahren [Ellwein 1968, S. 32]. Die Möglichkeiten der computergestützten Wissensverarbeitung waren damals aber noch nicht annähernd zu erahnen. So tritt denn gegenwärtig auch die Frage über den Umgang mit der Informationstechnologie immer stärker in den Fokus der fachlichen Diskussion, insbesondere vor dem Hintergrund des sich wandelnden Selbstverständnisses von Planerinnen und Planern, mehr und mehr als Planungsmoderator/in in Erscheinung zu treten. Planungsmoderation besteht im wesentlichen im vermittelnden Austausch sowie in der Koordination von Informationen zwischen den Planungsakteuren. Damit werden aber von den Person, die solche Planungsmoderationen durchzuführen haben, neue Fragen der Machtausübung und ethische Konsequenzen im Umgang mit digital gespeichertem Wissen verlangt. Für Planer und Planerinnen, die solche Moderatorenfunktion zu übernehmen haben, werden Fragen nach der gerechten Verteilung von Sachinformation, nach der verantwortungsvollen, abgewogenen Moderierung von Planungsdiskursen und schließlich wohl auch nach dem Zugriffsrecht und der Zugriffsmöglichkeit auf Wissensspeicher zunehmend an Bedeutung gewinnen.

2 ETHISCHE FRAGESTELLUNGEN IN DEN INFORMATIONSWISSENSCHAFTEN

Im Bereich der Informationswissenschaften hat eine breite Diskussion über ethische Fragestellungen bislang noch nicht stattgefunden. In den USA ist zwar schon länger eine Diskussion um eine Ethik der Datenverarbeitung bzw. Informationsverarbeitung mit Computern im Gange, allerdings zu Themenbereichen wie Software-Raubkopien, Rechte an Programmen oder Zuverlässigkeitsfragen in bezug auf Software, die nicht unbedingt mit Ethik im hier verwendeten Sinne deckungsgleich sind [vgl. Steinmüller 1993, S. 735]. Eine breitere Diskussion, in der auf seiten der Informatik auch Verantwortungsfragen aufgeworfen werden, scheint sich aufgrund neuer Problemlagen des Informatikeinsatzes (Internet, Zensur, Industrialisierung geistiger Arbeit etc.) nun doch auf breiterer Basis einzustellen. Jedenfalls sind entsprechende Diskussionsforen in der Internet-Community erkennbar geworden.

Ethisch akzentuierte Diskussionsbeiträge zu informationswissenschaftlichen Fragestellungen finden wir schon im Zusammenhang mit technikphilosophischen Überlegungen und Aspekten der Technikfolgenabschätzung.

Es sind vor allem einschlägige Untersuchungen im Zusammenhang mit Wissensethiken, die auch für planungsethische Überlegungen herangezogen werden können. So scheinen sich offenbar neue Wissensordnungen des Informationszeitalters herauszukristallisieren, aus denen ethische Konsequenzen gezogen werden müssen. Helmut F. Spinner benennt in diesem Zusammenhang zwei Arten von Technikfolgen, nämlich [Spinner 1996]:

- ?? Technikfolgen erster Art, die durch neue Wissenslagen von großer ethischer Brisanz entstehen, etwa wenn es Informationsvorsprünge auf seiten großer Organisationen gibt und bisherige Vorkehrungen zur Regulation und Gewaltenteilung nicht mehr greifen;
- ?? Technikfolgen zweiter Art, die dadurch gekennzeichnet sind, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt zu Änderungen im gesamten Ordnungsrahmen der modernen Gesellschaft führt, wobei die im Entstehen befindlichen massenmedialen Netzwerke und der grenzüberschreitende Datenverkehr ebenso in die Diskussion einzubeziehen sind wie etwa Aspekte des freien Informationsflusses oder gar eine Weltinformationsordnung.

Aufgrund dieser neuen Problemlagen des heraufziehenden Informationszeitalters werden von Spinner neue ordnungspolitische Eckwerte gefordert:

- ?? eine *informationelle Grundversorgung* der Gesellschaft durch nichtkommerzielle Medien
- ?? eine *informationelle Gewaltenteilung* in der Gesellschaft;

?? eine *informationelle Chancengleichheit* zwischen Macht und Machtkontrolle im Verhältnis von politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlich-technischer Leitinformation und unabhängiger Gegeninformation;

?? eine mitwachsende Verantwortung der Wissenschaft.

Hieraus ergibt sich für Spinner „unter den Bedingungen einer rechtsstaatlich fundierten Wissensordnung klassischer Prägung“ ein dreifaches ordnungskonformes Ethikprogramm, das drei Aspekte beinhaltet [Spinner a.a.O.]: 1. mit Blick auf die Güte des Wissens eine *Kreativitätsethik* des schöpferischen Denkens und beständigen Verbesserns; 2. für Schutzzonen des Wissens eine *Informationsethik* unter der Symmetriebedingung informationeller Waffengleichheit; 3. mit Blick auf eine informationelle Grundversorgung der Gesellschaft eine *Publizitäts- und Medienethik*.

Einige dieser ethischen Prinzipien stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Diskussionen über die Privatisierung von elektronischen Massenmedien und die Sicherstellung einer Grundversorgung von Informationen durch die Publikationsorgane. Dieser Aspekt soll uns hier aus der Sicht der Planungswissenschaften im Augenblick nicht weiter interessieren.

Für die Planungswissenschaften können wir jedoch als Schlußfolgerungen herleiten, daß es erstens Zugriffsmöglichkeiten auf planungsrelevante Informationen im Sinne einer informationellen Grundversorgung und zweitens eine informationelle Chancengleichheit unter den Handlungsakteuren der Planung geben muß. Darüber hinaus wären einerseits aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes noch datenschutzrechtliche Prinzipien zu beachten sowie andererseits dem Bedürfnis zu planerischer Kommunikation Rechnung zu tragen, indem etwa entsprechende Kooperationsmöglichkeiten über digitale Medien realisierbar sind.

Allein die Zugänglichkeit zu Informationen gehört in der räumlichen Planung, die ja immer auch Umweltplanung bedeutet, zu einer der wesentlichen Ausgangsbedingungen. Nicht zuletzt deshalb hat im Jahre 1990 der Rat der Europäischen Union eine Richtlinie über „den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt“ (90/313 EWG) geschaffen, die in nationales Recht zu überführen war - wenn auch streckenweise mit zweifelhaften Regelungen, wie etwa der Möglichkeit zu Kostenerhebungen durch die zuständigen Behörden oder Einschränkungen der Informationsherausgabe während eines Verwaltungsverfahrens, wozu auch Planungsverfahren gehören können .

Diese EG/EU-Richtlinie geht zurück auf frühere Aktionsprogramme der Europäischen Gemeinschaft, in denen das Bestreben zu erkennen war, „Wege zur Verbesserung des Zugangs der Öffentlichkeit zu Informationen, über die die Umweltbehörden verfügen, zu finden“. Nach dieser Richtlinie wird es für notwendig erachtet, „allen natürlichen und juristischen Personen den freien Zugang zu den bei den Behörden in Schrift-, Bild-, Ton- oder Datenverarbeitungs-Form verfügbaren umweltbezogenen Informationen über den Zustand der Umwelt, Tätigkeiten oder Maßnahmen, die diesen Zustand negativ beeinflussen können, sowie über Tätigkeiten oder Maßnahmen zum Schutz der Umwelt zu gewährleisten“.

Die tatsächliche Zugänglichkeit zu Umweltinformationen wird in der Richtlinie u. a. davon abhängig gemacht, ob es sich jeweils um ‘aufbereitete Daten’ handelt. Die Aufbereitung von Umweltdaten wirft jedoch in zweifacher Hinsicht Probleme auf: zum einen ergibt sich aus der Richtlinie eine Art Aufbereitungspflicht, weil die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert werden, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die in den Behörden vorliegenden Informationen über die Umwelt zugänglich zu machen. Da Datenaufbereitung aber immer mit Datenselektion und -aggregation im Zusammenhang steht, müssen, und das ist das zweite Problem, praktikable Regelungen getroffen und Methoden entwickelt werden, nach denen - unter Beachtung des Datenschutzes - die Datenaufbereitung korrekt vonstatten geht.

In der Planung haben wir es somit mit zwei konfligierenden Zielen zu tun, bei denen jeweils auch planungsethische Prinzipien Gültigkeit erlangen. Einerseits ist es zwingend geboten, daß der einzelne Bürger vor dem Zugriff auf seine individuellen Daten geschützt wird. Dieser Aspekt etwa ist als Ausdruck einer individualrechtlichen Ethikauffassung interpretierbar und auf seiten der räumlichen Planung als solche zu akzeptieren, wobei der Planerzunft selbst die Problematik durchaus bewußt ist. Auch die Informationswissenschaften haben bereits in der räumlichen Planung eine der größten Konfliktpotentiale in bezug auf den Datenschutz identifiziert [vgl. Steinmüller 1993, S. 477]. Auf der anderen Seite liegt es im Interesse der Planungsakteure, daß sie hinreichend umfassende und genaue Informationen über den Planungsgegenstand erhalten, da sonst etwa ein partizipativer Planungsprozeß überhaupt nicht möglich wäre.

Dieser Aspekt besitzt Implikationen für verschiedene Ethikauffassungen, führt vor allem aber direkt in die Diskursethik. Die Utopie des herrschaftsfreien Austauschs von Argumenten im Diskurs kann nämlich nur dann stattfinden, wenn alle Handlungsbeteiligten im Prinzip auf derselben Informationsgrundlage argumentieren können. Alles andere wäre Machtausübung nach der Devise 'Wissen ist Macht'. Planern wird zunehmend die Aufgabe zuwachsen, einen gerechten Ausgleich zwischen diesen beiden Polen ethischer Grundsätze herzustellen.

3 ETHISCHE MAXIME IN DER RÄUMLICHEN PLANUNG

Wie einleitend angesprochen, werden in der räumlichen Planung Fragen zur Ethik durchaus erörtert, allerdings sind Zusammenhänge mit der Nutzung von Computersystemen bislang kaum hergestellt worden. Diese Feststellung gilt auch für den angelsächsischen Sprachraum, wo Diskussionen über Planungsethik schon deutlich weiter gediehen sind als hierzulande. In dem von Sue Hender herausgegebenen Sammelband „Planning Ethics: A Reader in Planning Theory, Practice, and Education“ etwa werden ethische Aspekte unter verschiedenen planungstheoretischen Ansätzen und praktische Beispiele vor allem aus dem Bereich der technischen Infrastrukturplanung diskutiert sowie die Notwendigkeit einer diesbezüglichen Planerausbildung begründet, ohne daß die Rolle von Informationssystemen eine wesentliche Rolle gespielt hätte [Hender 1996]. Auch in den Ausbildungsstätten spielen, wie etwa das Beispiel der renommierten Planerausbildung an der University of California in Los Angeles (UCLA) zeigt, Fragen von Interessenkonflikten, Zustimmung und Ablehnung, feministische Ethik und prozedurale Ethik in der Planungstheorie oder Aspekte der Planerausbildung auf dem Gebiet der Umweltphilosophie eine herausragende Rolle, wobei allerdings dem Einsatz von Informationssystemen noch keine Beachtung geschenkt wurde (Stand Sommer 1997; vgl. Internet-Webseite www.sppsr.ucla.edu).

Eine ganz andere Zielrichtung in der Ethikdiskussion verfolgt Gideon S. Golany mit seinem Buch „Ethics and Urban Design“, das vor allem durch seine deutliche Akzentuierung auf planerische Inhalte auffällt. Golany versteht unter Ethik „norms and standards constituted by the society to retain order and healthy management in its social and environmental setting“, als eine Disziplin also, „by which we measure what is good and bad, right and wrong, and moral obligations“. Die bis in die Vorantike zurückreichenden Analysen des Verfassers von Grundprinzipien urbaner Systeme führen am Ende zum Konzept einer „Geospace City“, bei dem es im wesentlichen um neue Muster einer langfristig tragbaren, nachhaltigen Flächennutzungsplanung geht [Golany 1995]. Möglichkeiten der Informationsverarbeitung werden, obwohl dies angesichts leistungsfähiger Computersimulationsverfahren etwa unter Hinzuziehung von Geographischen Informationssystemen (GIS) naheliegen würde, aber auch hier nicht erörtert.

Aus US-amerikanischen Quellen können wir also nach dem derzeitigen Stand der Diskussion zweierlei erschließen: erstens eine in die Planungstheorie eingebettete Planungsethik sowie zweitens eine inhaltliche mit sehr konkreten Entwurfsanweisungen ausgestattete Diskussion über Ethik in der Planung. Der Anspruch einer lückenlosen Darstellung derartiger Quellen wird damit indes nicht erhoben. Was jedoch unbedingt eine genauere Wiedergabe wert ist, sind die dreizehn ethischen Prinzipien der American Planning Association (APA), in denen wir wichtige Aussagen über die Rolle von Planern und über die Maximen ihres Tuns finden. Die Prinzipien der APA lauten im einzelnen:

1. Serve the public interest. This is the primary obligation of planners.
2. Support citizen participation in planning.
3. Recognize the comprehensive and long-term nature of planning decisions.
4. Expand choice and opportunity for all persons.
5. Facilitate coordination through the planning process.
6. Avoid conflict of interest.
7. Render thorough and diligent planning service.
8. Not seek or offer favors.
9. Not disclose or improperly use confidential information for financial gain.
10. Ensure access to public planning reports and studies on an equal basis.
11. Ensure full disclosure at public hearings.
12. Maintain public confidence.
13. Respect professional codes of ethics and conduct.

Auch hier werden Informationssysteme nicht explizit erwähnt. Die Tatsache, daß Planung unter den heutigen Gegebenheiten nicht mehr ohne Einsatz von Informations- bzw. Computersystemen stattfindet, verringert die Bedeutung der APA-Prinzipien in keiner Weise. So lassen sich durchaus wichtige Anforderungen an Informations- und Auskunftssysteme ableiten, wenn es, um nur zwei Beispiele zu nennen, um die Koordination von Planungsprozessen unter Einbeziehung aller Akteure (Nr. 5) oder um den Zugriff auf planungsrelevante Studien auf einer für alle Akteure gleichen Grundlage (Nr. 10) geht.

Nun ist es keineswegs so, daß in der räumlichen Planung das Thema der Informationssysteme gänzlich ohne ethische Bezüge geblieben wäre. Vielmehr war in der Stadtplanung die Einführung von Computersystemen stets von einer Diskussion über Zugriffsmöglichkeiten und Nutzung von digital gespeicherten Informationen begleitet. Bereits zu Anfang der 70er Jahre wurde die „Idee zu einer Demokratisierung durch bessere Informationen“ formuliert [Fehl 1972], dann allerdings nicht weiter konzeptionell vertieft.

Durch die Dezentralisierung der Computersysteme mit ihren hohen Speicherkapazitäten und Rechengeschwindigkeiten sind Informationen inzwischen ubiquitär verfügbar geworden. Was einst für einen demokratischen Machtausgleich als Wunsch formuliert wurde, korrespondiert gegenwärtig mit dem technisch Machbaren. Die Leistungsfähigkeit computergestützter Informationssysteme zwingt uns infolgedessen zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit der alten Fragestellung: Wenn die technischen Systeme grundsätzlich dazu geeignet sind, Informationen in beliebiger Menge an beliebigen Orten und zu beliebigen Zeiten zur Verfügung zu stellen, müssen dann nicht auch konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um Forderungen nach einem informationellen Machtausgleich wenigstens im Ansatz gerecht zu werden?

Unterbliebe dieses Bestreben, bestünde die Gefahr, daß sich die Warnung aus dem Jahre 1970 bewahrheiten könnte, so wie sie in Deutschland im Großen Hessenplan 80 dargelegt wurde. Dort heißt es: „Wenn Wissen mit Macht gleichzusetzen ist, dann verschafft die elektronische Datenverarbeitung mit dem erklärten Ziel, Datenbanken für Informationszwecke aufzubauen, der Exekutive einen Informationsvorsprung und damit einen Machtzuwachs, der die Effektivität der Mitarbeit der Bürger und der von ihnen gewählten Vertreter in einer demokratischen Ordnung in Frage stellt.“

Der kontinuierliche Aufbau von Informationssystemen durch sog. Non-Government Organisations (NGO's), wie sie etwa mit dem Projekt des Global Challenge Network (GCN) des Alternativnobelpreisträgers Hans-Peter Dürr ins Leben gerufen wurden, um ökologische Daten den Angaben von Politikern und der Verwaltung gegenüberzustellen [Polatschek 1990], bestätigt die Notwendigkeit solcher Überlegungen. Wenn Politik und Verwaltung die Informationsbedürfnisse der Menschen nicht in eigener Initiative aufgreifen, werden konkurrierende Systeme bald entsprechenden Druck ausüben. Interessante Ansätze sind bereits erkennbar, wie etwa die Beispiele von H. Schreier über bürgernahes „Umweltmonitoring“ oder von Jürgen Pietsch über „bürgerzentrierte Umweltberichterstattung“ auf der Basis kommunaler Informationssysteme zeigen [beides nachzulesen bei Gärtner 1992]. Neuere Tendenzen weisen in Richtung auf die Nutzung des Internet sowie von Browser-Techniken im sogenannten World Wide Web (WWW), wie dies exemplarisch von Ralph Schildwächter zum Thema „Digitales Bürgerinformationssystem“ demonstriert wurde [Schildwächter 1996].

4 PLANUNGSETHIK IM UMGANG MIT DIGITALEN INFORMATIONSTECHNOLOGIEN

Planungsethische Fragestellungen in der Informationsgesellschaft werden gegenüber den in der Vergangenheit üblichen Handlungsmustern in wenigstens sieben Aspekten relevant:

1. Realisierung einer umfassenden Zugänglichkeit zu Planungsinformationen

Schon die Zugänglichkeit zu Planungsinformationen sollte von planungsethischen Maximen bestimmt sein. Gerade für die künftige Funktion des Planers als Moderator bzw. Mediator wird dieser Aspekt eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Planern wird die Verantwortung zufallen, allen Planungsakteuren ein umfassendes Bild über die Gegenstandsbereiche des jeweiligen Planungsvorhabens zu liefern. Anderenfalls wäre die Legitimation der Planung grundsätzlich in Frage gestellt. Allerdings ist die Zugänglichkeit zu Planungsinformationen keineswegs grenzen- und einschränkungslos. Zum einen dürfte es sinnlos sein, Rohdaten unaufbereitet zugänglich zu machen, weil sich dadurch kein wirklicher Informationsgewinn für den betreffenden Akteur ergäbe (vgl. entsprechende Regelung in o.g. EG/EU-Richtlinie). Zweitens darf die Zugänglichkeit zu Planungsinformationen nicht zu Lasten des individuellen Persönlichkeitsschutzes gehen.

Daraus folgt drittens, daß ständig Zugriffsregelungen auf Planungsinformationen organisiert werden müssen, um zwischen aufbereiteten und nichtaufbereiteten Planungsinformationen, aber auch zwischen Datenschutz und den legitimen Interessen der Öffentlichkeit einen vertretbaren Mittelweg zu finden.

2. Einsicht in die Notwendigkeit zu informationeller Selbstbeschränkung (Datenschutz)

Auf die (planungsethische) Problematik des Datenschutzes wurde gerade hingewiesen. Es handelt sich dabei um einen Aspekt des Datenschutzes, mit dem sich Planer schon befaßten, als Computer- und Informationssysteme noch keine oder nur eine geringe Rolle spielten. Durch die neuen Methoden der Internet-Technologie rückt jedoch ein weiterer Aspekt des Datenschutzes stärker ins Blickfeld von Planern. Datenschutz kann nämlich auch dann relevant werden, wenn Behörden daran gehen, aufgrund von häufig vorkommenden Abfragen der Bürger über digitale Medien deren (persönliche) Interessenprofile zu extrahieren, um dann gezielte Informationen zu lancieren, ähnlich wie dies heute bei Internet-Marketingstrategien bereits gang und gäbe ist. Das Problem liegt nicht so sehr darin, daß wir es mit einer Gratwanderung zwischen objektiver Informationsbereitstellung und gezielter Desinformation zu tun haben; mit diesem Phänomen haben Planer seit jeher zu tun. Das Problem liegt vielmehr darin, daß bestimmte, sehr individuelle Interessen- und Persönlichkeitsprofile durch digitale Verfahren problemlos herausgefiltert werden können, wodurch letztendlich der Persönlichkeitsschutz von Menschen tangiert wird.

3. Herstellung von informationeller Waffengleichheit

Hierbei handelt es sich um einen planungsethischen Imperativ und ein utopisch inspiriertes Ideal gleichermaßen. Gerade in Zeiten einer - nicht nur durch Computersysteme - informationell immer besser ausgestatteten Planungsverwaltung stehen wir vor der Aufgabe, ein solches Prinzip - ursprünglich von Verwaltungswissenschaftlern formuliert - in die Realität umzusetzen. Demokratisch legitimierte Planung ist untrennbar verbunden mit dem Austausch von Argumenten unter den am Planungsprozeß beteiligten Akteuren. Argumentation oder Diskurs, wie es heute moderner heißt, kann jedoch nur stattfinden, wenn alle Handlungsbeteiligten dieselbe Chance haben, als gleichberechtigte Partner am Austausch von Argumenten teilzuhaben. Die technischen Systeme, die uns zur Verfügung stehen, können uns diesem Ideal durchaus näherbringen.

4. Ergänzung von Planungspartizipation durch telekommunikative Demokratieelemente

Die rasante Zunahme von miteinander vernetzten Computersystemen im Verbund mit den in naher Zukunft realisierten Möglichkeiten des interaktiven Fernsehens (= Telematik) werden in absehbarer Zeit zu völlig neuen Partizipationsmodellen führen können. Bereits im Jahre 1974 hatte der Amerikaner Ted Nelson in seinem Buch „Computer lib / dream machines“ auf diese positiven Seiten des „computopian dream“ hingewiesen. Wenn wir allein an Beteiligungsverfahren in der Stadtplanung denken, so wäre es schon heute kein technisches Problem mehr, etwa im Rahmen von vorgezogener oder förmlicher Bürgerbeteiligung Bebauungsplanentwürfe zu jedermanns Einsichtnahme auf Computerbildschirmen in das häusliche Wohnzimmer zu übertragen, so daß dort, um ein Beispiel zu geben, in aller Ruhe und ohne gruppendynamische Zwänge die beabsichtigten Festsetzungsinhalte eines Bebauungsplans in Augenschein genommen werden können.

5. Moderation von Planungsprozessen durch Computerassistentz

Die Hinwendung der räumlichen Planung in Richtung auf eine prozessuale Organisation der Planungsaktivitäten sowie die Veränderung der Rolle des Planers als Mediator und Moderator korrespondiert auf der Seite der Informationswissenschaften und Informatik mit dem Konzept einer „Neugestaltung von Computersystemen“, wie sie von Terry Winograd und Fernando Flores bereit Mitte der 80er Jahre vorgeschlagen wurde. Winograd und Flores kritisieren, daß Computer in Vergangenheit ausschließlich als Maschinen zur Ausführung von automatisch ablaufenden Algorithmen verwendet wurden. Sie weisen dann darauf hin, daß es sich bei Computern im Grunde aber um „strukturierte, dynamische Kommunikationsmedien“ handelt, die sich qualitativ von früheren Medien wie Druckerzeugnissen oder Telefon unterscheiden [Winograd/Flores 1989, S. 290]. Die Nutzbarmachung dieses Kommunikationsmediums für Planungszwecke gerade im Rahmen der Moderation von Planungsprozessen gewinnt damit auch eine planungsethische Dimension: Nicht mehr die algorithmische Manipulation von Planungsinformationen

in der „black box“ eines undurchschaubaren Computersystems in einer - möglicherweise ebenso nicht ganz faßbaren - Planungsorganisation, wie dies viele betroffene Menschen in den 60er und 70er Jahren verspürt hatten, sondern die neuen Möglichkeiten einer unkomplizierten, raschen und multimedialen Kommunikation im Rahmen von Planungsprozessen und mit dem Planer als Prozeß- und Informationsmoderator stehen im Vordergrund.

6. Ethische Durchdringung der Risiken des Computereinsatzes für Planungsaufgaben

Der Computereinsatz birgt auch Risiken in sich. Niemand würde dies bestreiten wollen. Ein Risiko für die räumliche Planung besteht darin, daß wir bei der Fülle an Informationen, die uns zur Verfügung stehen, den Überblick über die Relevanz dieser Informationen verlieren und damit in einem Datenchaos versinken, das uns am Ende Informationsmüll beschert [Postman 1991, S. 79]. Diesem Risiko kann nur entgegengewirkt werden, wenn sich fachkompetente Personen ständig mit der Organisation und Pflege der Datenbestände befassen, so daß eine gezielte Datenabfrage auch von Außenstehenden möglich wird. Die ständigen Veränderungen in den Problemlagen der Planung - mit stets neuen Begrifflichkeiten - erschweren eine solche Aufgabe. Ein anderes Risiko besteht darin, daß die Bearbeitung von Planungsaufgaben in der Regel - man denke an die förmliche Bauleitplanung - in einen prozessualen Ablauf eingebunden ist, der auch an Terminvorgaben der politischen Gremien oder den Zeitplan im Projektmanagement eines Investors gekoppelt ist. Wenn während dieser Zeit das computergestützte Informationssystem, mit dem alle wesentlichen Planungsinformationen gemanagt werden, versagen sollte, könnten in einem solchen Fall möglicherweise gewaltige Risiken heraufbeschworen werden. Auch hier wären - technische und organisatorische - Vorkehrungen zu treffen, mit denen diese Risiken auf ein Minimum reduziert werden.

7. Entwicklung und Entwurf konzeptionell-inhaltlicher Vorstellungen

Schließlich wird von Planern auch in Zukunft die Entwicklung und der Entwurf konzeptionell-inhaltlicher Vorstellungen erwartet. Auf diesem Gebiet gibt es also - ebenso wie in anderen Bereichen der Gestaltung von wissenschaftlichem und technischem Fortschritt - eine mitwachsende Verantwortung von Planern, die sehr wesentlich auch deren spezifisches Berufsethos kennzeichnen. Die zentrale Frage, welche Lösungskonzepte sich für bestimmte neue Problemlagen in der Stadt- und Raumplanung anbieten, wird weiterhin von Planern beantwortet werden müssen. Nicht nur im Hinblick auf die Frage, wie wir denn dem Leitbild einer nachhaltigen Raum- und Stadtentwicklung in struktureller und gestalterischer Hinsicht Ausdruck verleihen können, werden neue inhaltliche Lösungskonzepte verlangt. Auch die explosionsartige Verbreitung der global vernetzten computergestützten Informationssysteme mit ihren weitreichenden raumökonomischen, arbeitsteilig-organisatorischen und sozialen Konsequenzen erzwingen ein Nachdenken über künftige Handlungsspielräume und neue Konzepte der Stadt- und Raumentwicklung. Eine Planungsethik, die mit den Erfordernissen der heraufziehenden Informationsgesellschaft korrespondiert, ist bislang nicht erkennbar. Handlungsbedarf indes besteht gleichwohl.

LITERATUR

- Ellwein, T.: *Politik und Planung*. Stuttgart usw. 1968.
- Fehl, G.: *Information ist alles ... Anmerkungen zu staatlich-kommunalen Informationsverbund-Systemen in der BRD*. In: *Planung und Information*. Bauwelt Fundamente 34. Gütersloh 1972.
- Gärtner, H. (Hrsg.): *Ökologische Partizipation im Ballungsraum*. Hamburg 1992.
- Golany, G. S.: *Ethics and Urban Design. Culture, Form, and Environment*. New York etc. 1995.
- Habermas, J.: *Theorie des kommunikativen Handelns*. 2 Bände. Frankfurt a.M. 1981.
- Hendler, S. (ed.): *Planning Ethics: A Reader in Planning Theory, Practice, and Education*. New Brunswick (NJ) 1995.
- Jonas, H.: *Das Prinzip Verantwortung*. Frankfurt a.M. 1979.
- Lendi, M.: *Ethik der Raumplanung*. In: *Handwörterbuch der Raumordnung*. Hrsg.: Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Hannover 1995.
- Polatschek, K.: *Natur am Netz. Über die ersten Versuche, mit elektronischen Medien ökologische Informationssysteme aufzubauen*. In: *DIE ZEIT* Nr. 4 vom 19.01.1990.
- Postman, N.: *Das Technopol. Die Macht der Technologien und die Entmündigung der Gesellschaft*. Frankfurt a.M. 1991.
- Ralph Schildwäcker: *Das digitale Bürgerinformationssystem. Techniken des World Wide Web für die kommunale Bauleitplanung*. Band 2 der Schriftenreihe „Beiträge zu computergestützten Planungs- und Entwurfsmethoden“ (Hrsg.: B. Streich). Kaiserslautern 1996.
- Spencer, S.: *Ethics of Environmental Planning*. WWW (März 1997): www.spectacle.org/196/shannon.html
- Spinner, H. F.: *Wissensordnung, Ethik, Wissensethik*. In: Nida-Rümelin, J. (Hrsg.): *Angewandte Ethik. Die Bereichsethiken und ihre theoretische Fundierung*. Stuttgart 1996.
- Steinmüller, W.: *Informationstechnologie und Gesellschaft. Einführung in die Angewandte Informatik*. Darmstadt 1993.
- Wegener, B.: *Umsetzung der EG-Richtlinie über den freien Zugang zu Umweltinformationen. Zum Referentenentwurf des BMU*. In: *Informationsdienst Umweltrecht (IUR)* 4/1992.
- Winograd, T., F. Flores: *Erkenntnis - Maschinen - Verstehen. Zur Neugestaltung von Computersystemen*. Berlin 1989 (amerik. Original 1986).